

## Bürger zweiter Klasse?

### Wahlrecht

#### Wie der Ausschluss vom Wahlrecht die Integration erschwert – Das Beispiel der türkischen Familie Ipek aus Würzburg



Sie leben seit Jahrzehnten in Deutschland. Ihre Kinder sind in Würzburg geboren, aufgewachsen, gehen hier zur Schule. Sie sind Mitglieder im Sportverein, pflegen die Nachbarschaft im Stadtteil und zahlen brav ihre Steuern. Nur in der Bürgerversammlung dürfen sich Murat Ipek und seine Frau Sibel offiziell nicht zu Wort melden. Ihr Makel: Sie haben einen türkischen Pass. Deshalb dürfen sie auch keinen Oberbürgermeister und keinen Stadtrat wählen. Bürgerentscheide? Für die beiden sind

sie tabu. Wären sie Griechen, Rumänen oder Finnen – dann sähe das anders aus. Als Nicht-EU-Ausländer aber werden die Ipeks behandelt wie Bürger zweiter Klasse. Das soll sich nun ändern. Eine bayernweite Unterschriftenkampagne macht Druck für ein erweitertes kommunales Wahlrecht.

Was Murat und Sibel Ipek als türkische Staatsangehörige erleben, gilt in gleicher Weise für Kroaten, Norweger und alle außereuropäischen Nationalitäten. Trotz aller staatsbürgerlicher Pflichten bleibt ihnen eines der vornehmsten und wichtigsten Rechte – das der demokratischen Mitbestimmung – verwehrt. Nicht einmal in Städten und Gemeinden dürfen sie wählen. Bayerns Ausländerbeiräte finden diesen Ausschluss diskriminierend. Ihre Kampagne hat prominente Fürsprecher gefunden – so Justizministerin Sabine Leutheusser-Schnarrenberger und Nürnbergs Oberbürgermeister Ulrich Maly. Auch Würzburgs OB Georg Rosenthal steht hinter der Sache. „Jetzt bin ich 34 Jahre alt und habe noch nie gewählt.“ Ein Umstand, der so gar nicht zum Lebensgefühl der Sibel Ipek passt. Eine zierliche, lachende Frau, die ihr Haar unter einem Kopftuch verhüllt. Zum Kaffee im Wohnzimmer serviert sie türkisches Gebäck. Das ist aber auch schon alles, was äußerlich an die Melange zweier Kulturen erinnert, die in dem Lengfelder Haus tagtäglich stattfindet. Eine klassisch bürgerliche Wohngegend ohne größere Aufregtheiten. Wer will, kann hier ruhig und zurückgezogen leben.

Die Ipeks wollen es nicht. Sie wollen teilhaben am gesellschaftlichen Leben, wollen Freundschaften, suchen den Austausch. Deshalb ärgert es sie, wenn ein früherer Berliner Senator und heutiger Bundesbanker eine öffentliche Debatte über den angeblich fehlenden Integrationswillen der Türken vom Zaun bricht. Noch mehr: Mit seiner Polemik gegen Kopftuchträgerinnen hat Thilo Sarrazin Menschen wie Sibel Ipek ganz persönlich verletzt.

Seit fast zehn Jahren lebt die Familie im Würzburger Stadtteil Lengfeld. Hier ist ihr Zuhause. Die Töchter Merve (13) und Beyza (11) gehen auf die Realschule, spielen Tischtennis, machen bei den Pfadfindern mit. Die Zweisprachigkeit, Deutsch und Türkisch, war für die Mädchen immer eine Selbstverständlichkeit. Mutter Sibel findet nette Leute in der Frauen-Weltgruppe im Ökumenischen Zentrum. Und Papa Murat (37), Großhandelskaufmann bei einem Logistik-Unternehmen, wird seinen fränkischen Akzent längst nicht mehr los. Er war ein Bub von drei Jahren, als sein eigener Vater ihn und seine Mutter nach Deutschland geholt hat. Das war 1976. Noch wurden damals in Deutschland Gastarbeiter aus Südeuropa angeworben. Ipeks Vater war dem Ruf 1973 gefolgt – und auf den Bau gegangen. Am Würzburger Bahnhof hatten Vertreter einer lokalen Baufirma ihren späteren Polier freundlich im Empfang genommen. An der Mönchberg-Schule lernte der kleine Murat sowohl auf Deutsch wie auf Türkisch. Den Eltern war es wichtig, ihre traditionsreiche Kultur nicht zu verleugnen. Vielleicht, so dachte man, kommt irgendwann der Tag der Rückkehr in die Türkei. „Aber mit der Zeit haben wir gemerkt, dass man nicht so einfach zurück kann“, sagt heute ein nachdenklicher Murat Ipek. Wie auch. Das Leben fernab der alten Heimat hat die Einwanderer verändert. Von ihren Landsleuten in der Türkei werden sie, bei Urlaubsbesuchen, leicht verächtlich als „Deutschländer“ tituiert.

Aber auch in ihrer neuen Heimat Deutschland stoßen diese Deutschländer auf Vorbehalte, wenn sie anders aussehen oder ihre kulturellen Wurzeln pflegen. Nicht selten wird das Bekenntnis zum Islam – das erleben auch die Ipeks – zum Hindernis für die gesellschaftliche Akzeptanz. Sie spüren die Berührungsängste der Alteingesessenen. Integration? Oft ist sie eine Einbahnstraße. Mutter Sibel – sie kam kurz nach der Hochzeit 1995 nach Würzburg, war Klassenbeste im Integrationskurs und lernte in kürzester Zeit Deutsch – hat mit kleinen Weihnachtsgeschenken bei den Nachbarn geklingelt, hat sie im Krankenhaus besucht, hat Eltern von Mitschülerinnen ihrer Töchter zum Frühstück eingeladen. Und umgekehrt? Nachbarn in Deutschland leben, anders als in der Türkei, oft aneinander vorbei. Kontakt wird nicht gerade gesucht. Das musste das Ehepaar Ipek erst verstehen und akzeptieren. „Wir haben gemerkt, dass wir selbst auf die Leute zugehen müssen und nicht darauf warten dürfen, dass es die Deutschen tun.“ Man wolle gemeinsam mit den Nachbarn in Frieden leben. Das sei die Hauptsache. Wenn ihnen aber von der Politik der Integrationswille abgesprochen wird, dann ist die türkische Familie enttäuscht. „Wir wollen unsere Integrationsleistung erbringen“, sagt Murat Ipek. „Wenn uns aber gewisse Dinge vorenthalten werden, dann ist das unglaublich.“ Er meint damit die restriktive deutsche Visa-Politik: Selbst engste Verwandte aus der Türkei bekommen keine Einreiseerlaubnis, um die Ipeks in Würzburg zu besuchen. Und er meint damit das Wahlrecht, das für ein Drittel der Deutschen – und manchmal auch mehr – so selbstverständlich ist, dass sie es gar nicht mehr wahrnehmen. Murat und Sibel Ipek dagegen würden gerne an die Urne gehen, doch man lässt sie nicht. Nicht einmal bei den Kommunalwahlen. Zwar sind sie von den politischen Entscheidungen im Würzburger Rathaus unmittelbar betroffen – Müllgebühren, Straßenausbau, Schulwesen. Aber nur EU-Ausländer dürfen über die Zusammensetzung von Stadt-, Gemeinderäten oder Kreistagen mitentscheiden. Murat Ipek ist ein Mensch, der Verantwortung übernimmt. Für sich, seine Familie, für die Gemeinschaft. Deshalb hat er im Juni für den Würzburger Ausländerbeirat kandidiert – und wurde gewählt. Damit kann er sich um Anliegen ausländischer Mitbürger kümmern. Noch lieber wäre es ihm, ohne Blick auf die Nationalität bei Anliegen aller Würzburger mitreden zu dürfen. Dann würde er sich, sagt er, noch stärker fürs kommunale Leben und die Politik interessieren. „Aber warum soll ich Parteiprogramme lesen, wenn ich nicht wählen darf?“ Das kommunale Wahlrecht – die Ipeks empfinden es als ein Stück Wertschätzung und: „Es wäre ein Zeichen, dass wir vollwertige Mitglieder dieser Gesellschaft sind.“

mainpost.de, 08.12.2009  
Foto: Norbert Schwarzott